Aus dem Ortsgemeinderat

Am 21.06.2017 fand in Lissendorf, im Jugend- und Dorfgemeinschaftshaus, unter Vorsitz von Ortsbürgermeister Lothar Schun eine öffentliche und anschließend nichtöffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Lissendorf statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

Einwohnerantrag von Herrn Kenneth Fach vom 08.05.2017 auf Einführung und Erhebung einer Katzensteuer - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 08.05.2017, eingegangen beim Ortsbürgermeister am 09.05.2017, hat Herr Kenneth Fach, Lissendorf, einen Einwohnerantrag nach § 17 Gemeindeordnung (GemO) auf Einführung und Erhebung einer Katzensteuer gestellt.
Der Antrag nebst Anlagen ist dieser Ratsvorlage beigelegt.

Nach § 17 GemO muss der Ortsgemeinderat über die Zulässigkeit des Einwohnerantrages entscheiden.
An die Zulässigkeit des Antrages werden formelle und materielle Voraussetzungen geknüpft.

A. Formelle Voraussetzungen

Der Einwohnerantrag ist nur zulässig, wenn er bis zu drei Personen benennt, die berechtigt sind, den Einwohnerantrag zu vertreten.
Diese Voraussetzung ist erfüllt, denn Herr Fach vertritt den Antrag.

Weiterhin muss der Antrag durch Unterschriften von 2 v. H. der Einwohner unterstützt werden und durch eine entsprechende Unterschriftenliste belegt sein.

Für die Ermittlung dieses Unterschriftenquorums ist gemäß § 130 GemO auf die Einwohnerzahl zum 30.06.2016 abzustellen.

Diese betrug 1.082, sodass 22 Unterstützungsunterschriften erforderlich gewesen wären.
Tatsächlich enthält der Antrag keine Unterstützungsunterschriften, sodass diese formelle Voraussetzung nicht erfüllt ist.

B. Materielle Voraussetzungen

Materiell setzt ein wirksamer Einwohnerantrag voraus, dass es sich um eine Angelegenheit der örtlichen Selbstverwaltung handelt, für deren Entscheidung der Ortsgemeinderat zuständig ist.
Diese Voraussetzung muss nicht weiter geprüft werden, da bereits die vorstehend erwähnte formelle Voraussetzung (Unterstützungsunterschriften in ausreichender Zahl) nicht erfüllt ist.

Abzustellen bei der Prüfung des Vorliegens der Zulässigkeitsvoraussetzungen ist auf den Zeitpunkt des Eingangs des Einwohnerantrages beim Ortsbürgermeister, also auf den 09.05.2017. Dabei hat der Rat seine Entscheidung ausschließlich auf eine reine Rechtsanwendung zu beschränken. Dies bedeutet, dass beim Fehlen von Zulässigkeitsvoraussetzungen der Antrag abzulehnen ist.

Beschluss:

Der Einwohnerantrag von Herrn Fach vom 08.05.2017 wird abgelehnt, da die notwendigen Unterstützungsunterschriften als eine formelle Voraussetzung für die Zulässigkeit seines Antrages zum maßgeblichen Zeitpunkt, am 09.05.2017, nicht vorlagen.

Neufassung der Verträge zur Regelung der Mitbenutzungsverhältnisse von Gemeindestraßen, -wegen und -plätzen

Sachverhalt:

Die in 2008 geschlossenen Verträge zur Regelung der Mitbenutzungsverhältnisse von Gemeindestraßen, -wegen und -plätzen durch Leitungen und Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung mit den Ortsgemeinden sollen an das neue Vertragsmuster des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz angepasst werden.

Das bezieht sich auf die bestehende Regelung zu § 4 Abs. 5 des Vertrages zur Kostenbeteiligung der VG-Werke an der Straßenwiederherstellung bei Gemeinschaftsmaßnahmen bei Gemeindestraßen mit den Verbandsgemeindewerken. Nach der neuen Regelung in der Mustersatzung wird die Kostenbeteiligung nunmehr pauschal geleistet pro lfdm und Breite des Leitungsgrabens in Anlehnung an die Regelung mit dem Landesbetrieb Mobilität für die klassifizierten Straßenbaulastträger.

In § 16 des Vertrages wird eine neue Kostenbeteiligung der Ortsgemeinden für den Straßenentwässerungsanteil von Gemeindestraßen für die Erneuerung oder Sanierung der Kanalisation eingefügt, die bislang nur für die Ersterstellung geregelt war. Diese Regelung dient dem Ausgleich von Finanzierungslücken der Ortsgemeinden bei den Kostenanteilen an der Straßenentwässerung, an dem der Anteil an der Kanalisation mit in den Ausbaubeiträgen für Verkehrsanlagen oder bei Förderungen an Straßenbaumaßnahmen hinsichtlich des Gemeindeanteils mitberücksichtigt werden kann. Diese von den Ortsgemeinden gezahlten Kostenanteile fließen als Ertragszuschüsse, die jährlich über die Kostenrechnung der laufenden Unterhaltskosten der Straßenoberflächenentwässerung abgerechnet werden, kostenmindernd ein. Der Beitragssatz wurde entsprechend dem Vertragsmuster getrennt ermittelt für die Erneuerung in offener Bauweise in Höhe von 9,68 € pro m² entwässerter Verkehrsfläche, bei grabenloser Kanalsanierung in Höhe von 6,98 € pro m² entwässerter Verkehrsfläche.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschließt die Neufassung des Vertrages mit den Verbandsgemeindewerken Obere Kyll zur Regelung der Mitbenutzungsverhältnisse von Gemeindestraßen, -wegen und -plätzen in der der Fassung des vorliegenden geänderten Entwurfs.

Aktive Dorfnetze - Sachstandsinformation und weitere Vorgehensweise

Sachverhalt:

Die Gemeinde Lissendorf ist auf Grund ihrer Größe und der Vielzahl ihrer Vereine als Modellkommune für die Teilnahme an dem Projekt „Aktive Dorfnetze“ ausgewählt worden. Der Vorsitzende sowie Herr Helmut Michels informierten den Ortsgemeinderat ausführlich über den Sachstand und den weiteren Verfahrensgang.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat begrüßt die Nominierung der Ortsgemeinde Lissendorf als Modelkommune im Wettbewerb „Aktive Dorfnetze“ und wird weiterhin aktiv an der Umsetzung mitarbeiten.

Der Ortsgemeinderat billigt die bisherigen Entscheidungen der kleinen informellen Arbeitsgruppe:

Sprecher: Helmut Michels

Stv. Sprecher: Lothar Schun

Schifführer Ilona Jaax

Stv. Schiffführer: Rudolf Mathey